cepInput

22| 2015

Die europäische Flüchtlingskrise 1

Zahlen

Philipp Eckhardt & Bert Van Roosebeke

Die Flüchtlingskrise ist derzeit das beherrschende Thema im deutschen und europäischen politischen Diskurs. Dieser cep**Input** gibt einen empirischen Überblick.

- Von Januar bis September 2015 wurden in der EU 770.300 Asylanträge gestellt, davon mit 288.800, also 37%, die meisten in Deutschland.
- Bezogen auf die Einwohnerzahl wurden die meisten Anträge in Ungarn, Österreich und Schweden gestellt; es folgen Deutschland und Malta. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, bilden diese fünf Staaten ebenfalls die Spitzengruppe; hinzu kommt, an zweiter Stelle hinter Ungarn, Bulgarien.
- Zwischen Juli 2014 und Juni 2015 kamen 19% der Antragsteller aus Syrien, 8% aus Afghanistan, 4% aus dem Irak und 4% aus Eritrea, also insgesamt 35%. 20% kamen aus Balkanländern.
- Die höchsten Anerkennungsquoten verzeichnen Flüchtlinge aus Syrien (96%), Irak (87%), Eritrea (84%) und Afghanistan (70%) sowie Staatenlose (87%). Die Anerkennungsquoten für Flüchtlinge aus Balkanländern liegen zwischen 1% und 4%.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 3
2 Entwicklung und aktuelle Verteilung der Asylanträge in der EU 4
2.1 Entwicklung der Asylanträge 4
2.2 Asylanträge in Relation zur Einwohnerzahl im 1. Halbjahr 2015 6
2.3 Asylanträge in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2015 6
3 Entwicklung der Asylanträge nach Herkunftsstaaten 7
3.1 Juli 2014 – Juni 2015 7
3.2 Juli – September 2015 8
4 Anerkennungsquoten in der EU 9
4.1 Anerkennungsquoten nach Herkunftsstaaten 9
4.2 Anerkennungsquoten nach EU-Mitgliedstaaten 10
4.3 Anerkennungsgründe 10
5 Offene Asylverfahren 11

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der Asylanträge in der EU und Deutschland (Jahresübersicht 1998 - 2014) 4
Abbildung 2: Entwicklung der Asylanträge in der EU und Deutschland (Oktober 2014 - Oktober 2015) 5
Abbildung 3: Zahl der Asylanträge pro Mio. Einwohner nach EU-Staaten (1. Hj. 2015) 6
Abbildung 4: Zahl der Asylanträge in Relation zum BIP (Anträge: 1 Hj. 2015; BIP: 2014, in Mrd. Euro) 7
Abbildung 5: Herkunftsstaaten (Juli 2014 – Juni 2015) 7
Abbildung 6: Veränderung der Asylantragszahlen in % (2. Quartal 2015 gegenüber 2. Quartal 2014) 8
Abbildung 7: EU-weite Anerkennungsquote nach Herkunftsstaat (2. Quartal 2015, in %) 9
Abbildung 8: Mitgliedstaatliche Anerkennungsquoten (2. Quartal 2015, in %) 10
Abbildung 9: Anerkennungsgründe (EU-weit, in %) 11
Abbildung 10: Anhängige Asylverfahren in der Gesamt-EU 11

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Asylanträge in der EU und in ausgewählten Mitgliedstaaten (Januar - Juni 2015) 5
Tabelle 2: Asylanträge in der EU nach Hauptherkunftsstaaten (Juli 2014 – Juni 2015) 8
Tabelle 3: Asylanträge in der EU nach Hauptherkunftsstaaten (Juli – September 2015) 8
Tabelle 4: Asylanträge in Deutschland nach Hauptherkunftsstaaten (Juli – Oktober 2015) 9
Tabelle 5: Anhängige Asylverfahren in ausgewählten Mitgliedstaaten 11

1 Einleitung

Nachdem die Wirtschafts- und Finanzkrise in den vergangenen Jahren das beherrschende Thema in der Europäischen Union (EU) war, ist sie nun von einer neuen großen Herausforderung mit hoher politischer Sprengkraft abgelöst worden: der Flüchtlingskrise. Eine zunehmende Zahl von Menschen macht sich auf den Weg in die EU, um vor Krieg, Folter, Ausgrenzung und Vertreibung in ihren jeweiligen Heimatländern zu fliehen oder um ihrer wirtschaftlichen Not zu entkommen.

Laut jüngsten Schätzungen des UNHCR[1] flüchteten in diesem Jahr bereits knapp 780.000 Menschen über das Mittelmeer nach Europa. 640.000 davon kamen nach Griechenland, 140.000 nach Italien. Allein im Oktober 2015 kamen 218.000 Flüchtlinge.[2]

Der vorliegende cep**Input** verdeutlicht die Dimension des Problems durch einen empirischen Überblick: Kapitel 2 betrachtet die Entwicklung der Zahl der Asylanträge in der EU und deren aktuelle Verteilung auf die Mitgliedstaaten. Kapitel 3 befasst sich mit der Herkunft der Flüchtlinge. Kapitel 4 widmet sich den Anerkennungsquoten und Kapitel 5 den Asylverfahren.

Der vorliegende cep**Input** basiert weitestgehend auf den für alle Mitgliedstaaten verfügbaren jüngsten Daten von Eurostat mit Stand 9. November 2015. Da es zu den tatsächlichen Flüchtlingszahlen bisher nur Schätzungen gibt, gründet er hauptsächlich auf den belastbaren Zahlen für Asylanträge. Diese weichen von den tatsächlichen Flüchtlingszahlen regelmäßig ab und unterschreiten diese derzeit deutlich. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Antragstellung nicht bei der Einreise, sondern zu einem späteren Zeitpunkt stattfindet. Zusätzlich zu den Daten von Eurostat werden für einzelne Aspekte aktuellere Daten vom European Asylum Support Office (EASO) herangezogen. EASO ist eine EU-Agentur mit Sitz in Malta, die die Mitgliedstaaten der EU in Asylfragen unterstützen und die Zusammenarbeit fördern soll. Für Deutschland werden zudem Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge genutzt. Zugrundegelegt werden jeweils die aktuellsten verfügbaren Daten. Dies führt dazu, dass die Betrachtungszeiträume voneinander abweichen.

[1] United Nations High Commissioner for Refugees.
[2] United Nations High Commissioner for Refugees, http://data.unhcr.org/mediterranean/regional.php.

2 Entwicklung und aktuelle Verteilung der Asylanträge in der EU

Die Flüchtlingszahlen, mit denen sich die EU 2015 konfrontiert sieht, sind außergewöhnlich hoch. Selbst in den 1990er Jahren, zu Zeiten der kriegerischen Auseinandersetzungen in den Balkan-Staaten, hat es solch enorme Flüchtlingsbewegungen wie in diesem Jahr nicht gegeben.

2.1 Entwicklung der Asylanträge

Für das Gesamtjahr 2015 gibt es bisher nur Spekulationen über die Zahl der Asylanträge. In jedem Fall sind in der EU weit mehr als jene 672.000 Asylanträge zu erwarten, die 1992, dem Jahr mit der bislang höchsten Zahl, gestellt wurden.[3] Auch die Flüchtlingszahlen zu Beginn des Jahrtausends, u.a. aufgrund von Hungersnöten in Afrika, reichen bei weitem nicht an die heutigen Größenordnungen heran; damals wurden in der Spitze, im Jahr 2001, 424.000 Anträge gestellt.[4] Danach sanken die Zahlen erneut, bevor sie seit 2006 zunächst langsam, aber stetig wieder anstiegen. Im Jahr 2014 wurde dann mit ca. 627.000 Anträgen erstmals wieder eine Größenordnung erreicht, die jener aus 1992 sehr nahe kommt. Allein in Deutschland stieg die Zahl der Asylanträge 2014 auf über 200.000 (s. Abbildung 1).

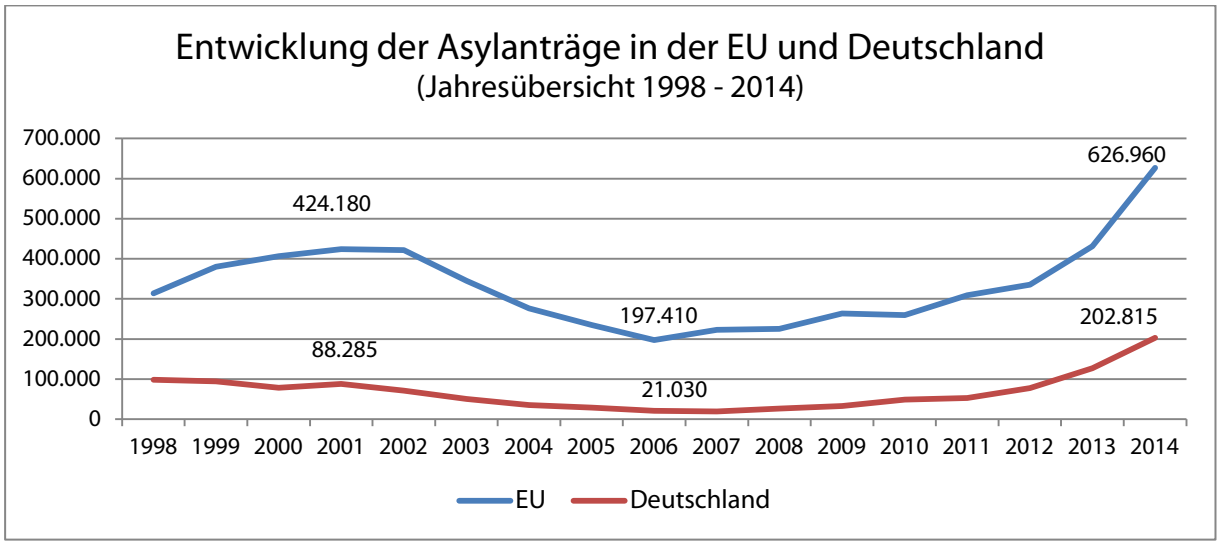

Abbildung 1: Entwicklung der Asylanträge in der EU und Deutschland (Jahresübersicht 1998 - 2014)
Quelle: Eurostat

Im ersten Halbjahr 2015[5] haben 433.000 Menschen in der EU einen Asylantrag gestellt, davon 172.000 in Deutschland. Von Januar bis Juni 2015 ist ein deutlicher Anstieg der Anträge festzustellen. Für die EU insgesamt erhöhte sich die Zahl von gut 66.000 im Januar auf über 94.000 im Juni. Dies entspricht einem Anstieg um 42,4% (s. Tabelle 1).

Bei den Mitgliedstaaten, die im Juni 2015 über 1.000 Asylanträge zu verzeichnen hatten, war der Anstieg zwischen Januar und Juni in den Niederlanden mit 193,8%, in Österreich mit 90,6% und in Dänemark mit 70,3% am höchsten. Dagegen lag der Anstieg in Deutschland mit 41,6% und in Ungarn mit 39% unter dem Wert der Gesamt-EU (s. Tabelle 1).[6]

[3] Bei diesen Zahlen muss jedoch bedacht werden, dass zu jener Zeit die EU nur aus 15 Mitgliedstaaten bestand.
[4] http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_statistics.
[5] Jüngere Zahlen liegen nur für die EU insgesamt und einige Länder wie Deutschland vor.
[6] In einigen Mitgliedstaaten fiel der prozentuale Anstieg teilweise noch starker aus, allerdings bei geringen absoluten Zahlen. So erhöhte sich die Anzahl der Anträge in Estland von 5 im Januar 2015 um 400% auf 25 im Juni 2015.

Entwicklung der Asylanträge in der EU und in ausgewählten Mitgliedstaaten (Januar – Juni 2015)				
	Januar 2015	Juni 2015	Anstieg	Kumulativ Januar – Juni 2015
Niederlande	1.050	3.085	193,8%	9.745
Österreich	4.030	7.680	90,6%	28.325
Dänemark	640	1.090	70,3%	4.080
Belgien	1.715	2.895	68,8%	11.725
Spanien	840	1.305	55,4%	6.655
Bulgarien	1.070	1.630	52,3%	7.330
EU	66.140	94.205	42,4%	432.630
Deutschland	25.035	35.445	41,6%	171.785
Ungarn	11.925	16.580	39,0%	66.785
Schweden	4.895	6.625	35,3%	28.985
Frankreich	4.440	5.600	26,1%	32.155
Italien	4.785	5.335	11,5%	30.535
Großbritannien	2.785	3.075	10,4%	15.105
Griechenland	1.065	1.120	5,2%	6.240

Tabelle 1: Entwicklung der Asylanträge in der EU und in ausgewählten Mitgliedstaaten (Januar - Juni 2015)
Quelle: Eurostat

Im Juli, August und September 2015 hat die Zahl der Asylanträge weiter stark zugenommen. So stieg sie EU-weit im Juli auf 123.300, im August auf 148.800 und im September auf 172.185 an (s. Abbildung 2). Letzteres stellt eine Steigerung um über 150% gegenüber der Zahl des Vorjahresmonats dar.[7] Von Januar bis September stellten damit 770.300 Menschen einen Asylantrag in der EU. In Deutschland, dem Land welches derzeit die meisten Schutzsuchenden in der EU aufnimmt, wurden im Juli 2015 37.500, im August 36.400 und im September 2015 43.000 Asylanträge gestellt. Von Januar bis September 2015 hat Deutschland damit bereits insgesamt 288.800 Asylanträge zu verzeichnen. Dies entspricht einer Steigerung von 110% im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr. Im Oktober 2015 stieg die Zahl weiter auf 54.877, eine Zunahme um 147% im Vergleich zum Vorjahresmonat. [8]

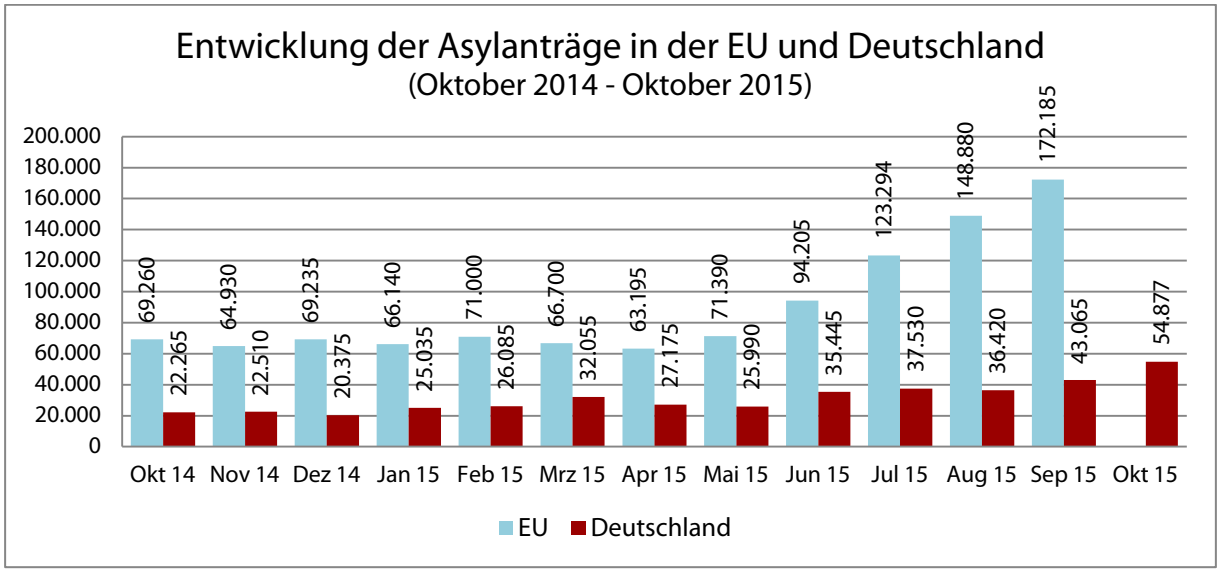

Abbildung 2: Entwicklung der Asylanträge in der EU und Deutschland (Oktober 2014 - Oktober 2015)
Quelle: Eurostat bis Juni 2015, Eurostat ab Juli 2015 für Deutschland, EASO ab Juli 2015 für die EU

[7] Latest Asylum Trends, Juli, August und September 2015, European Asylum Support Office (EOSO).
[8] Für die Gesamt-EU liegen derzeit noch keine Daten für Oktober 2015 vor.

2.2 Asylanträge in Relation zur Einwohnerzahl im 1. Halbjahr 2015

Im ersten Halbjahr 2015 wurden die meisten Asylanträge in Deutschland (171.785 = 40%), Ungarn (66.785 = 15%) und mit jeweils etwa 7% in Frankreich (32.155), Italien (30.535), Schweden (28.985) und Österreich (28.325) gestellt. Setzt man die absoluten Zahlen ins Verhältnis zur Einwohnerzahl, ergibt sich folgendes Bild (s. Abbildung 3):

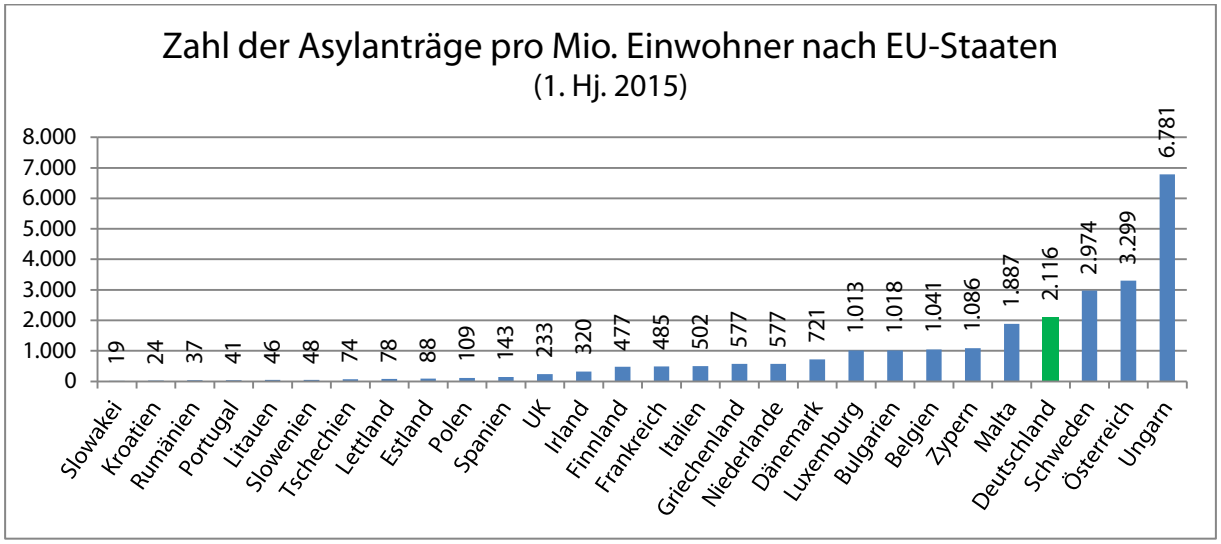

Abbildung 3: Zahl der Asylanträge pro Mio. Einwohner nach EU-Staaten (1. Hj. 2015)
Quelle: Eurostat

Folglich wurden in Ungarn, Österreich und Schweden die meisten Asylanträge pro einer Million Einwohner gestellt; an vierter und fünfter Stelle rangieren Deutschland und Malta. Demgegenüber verzeichneten die Slowakei, Kroatien, Rumänien, Portugal, Litauen und Slowenien mit unter 50 Anträgen pro einer Million Einwohner die relativ geringste Anzahl an Anträgen. Aber auch die großen EU-Staaten Polen, Spanien, Großbritannien, Frankreich und Italien liegen – zum Teil deutlich – unter dem EU-Durchschnitt von 851 Asylanträgen pro einer Million Einwohner.

2.3 Asylanträge in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2015

Die Betrachtung der Asylanträge im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd. Euro zeigt ein ähnliches Bild wie die Heranziehung der Einwohnerzahlen. Nach beiden Erhebungen zählen mit Ungarn, Österreich, Schweden, Deutschland und Malta dieselben fünf Mitgliedstaaten zu den am meisten von dem Flüchtlingsproblem betroffenen Ländern; bei BIP-Betrachtung kommt als sechstes Land noch Bulgarien hinzu. Ebenfalls ist nach beiden Erhebungen die Gruppe derjenigen sechs Mitgliedstaaten identisch, die am wenigstens betroffen sind (siehe Abbildung 4).

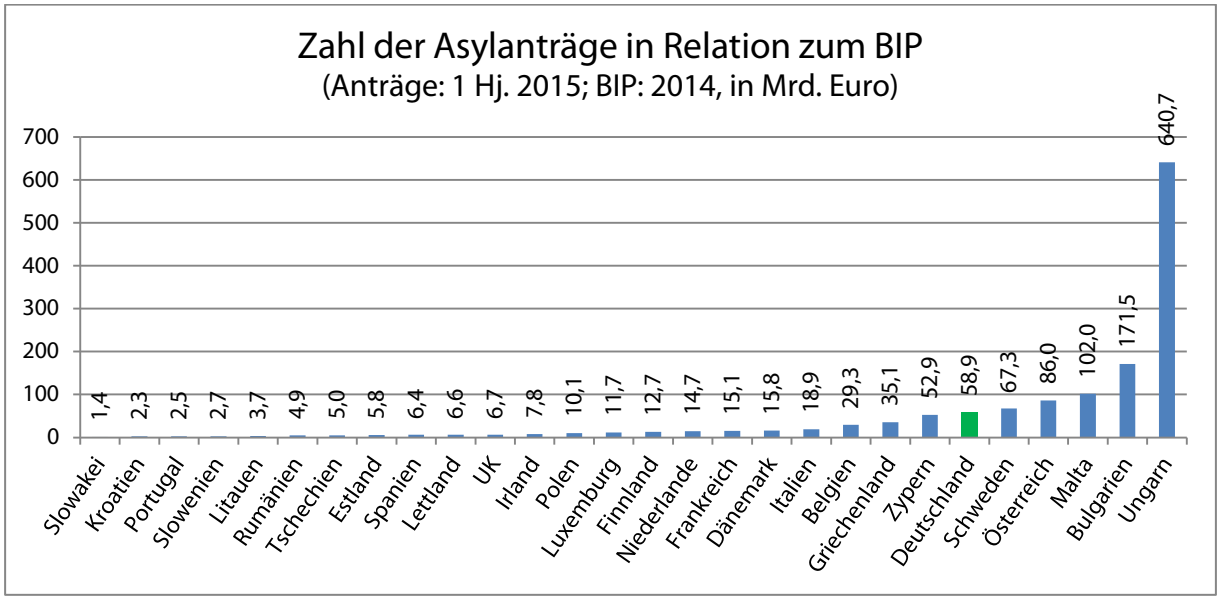

Abbildung 4: Zahl der Asylanträge in Relation zum BIP (Anträge: 1 Hj. 2015; BIP: 2014, in Mrd. Euro)
Quelle: Eurostat

3 Entwicklung der Asylanträge nach Herkunftsstaaten

3.1 Juli 2014 – Juni 2015

Zwischen Juli 2014 und Juni 2015 stellten insbesondere Flüchtlinge aus Syrien, dem Kosovo, Afghanistan, Eritrea, Albanien und dem Irak einen Asylantrag in der EU. Mit 406.215 Asylanträgen vertreten sie insgesamt 49% aller Anträge. Die Balkanstaaten Kosovo, Albanien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Montenegro vereinigten insgesamt 20% auf sich. Unter den „Sonstigen" bildeten insbesondere Schutzsuchende aus Pakistan, Nigeria, der Ukraine und Somalia größere Gruppen (s. Abbildung 5 und Tabelle 2).

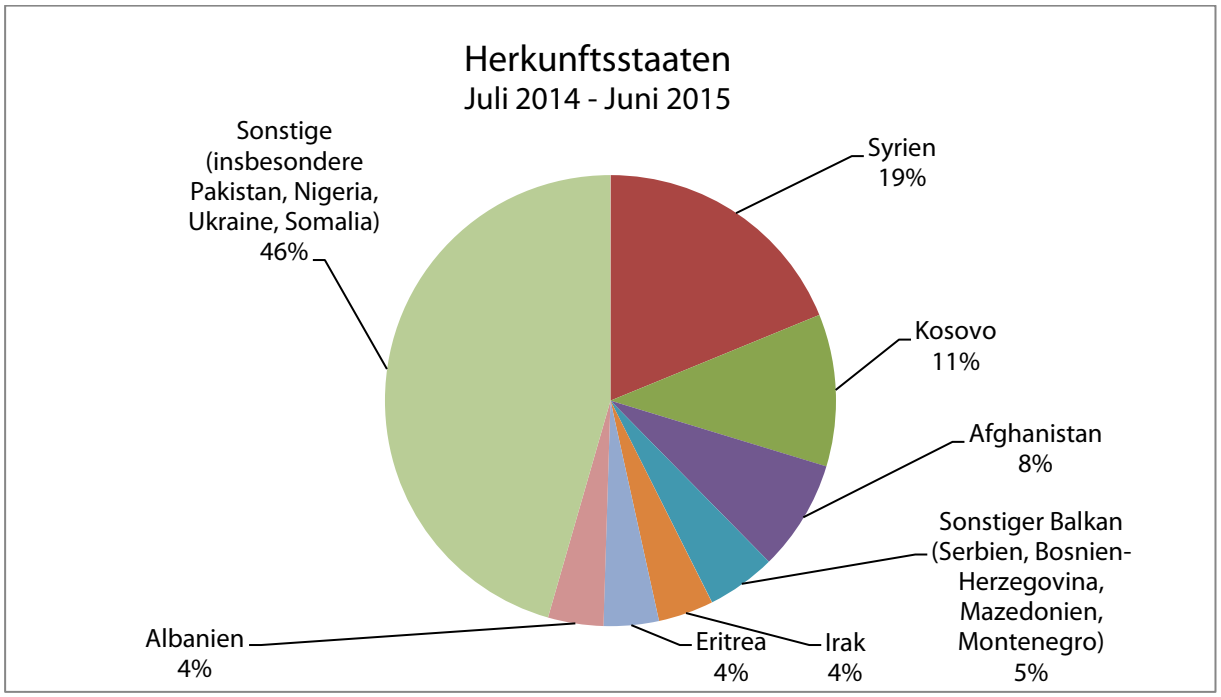

Abbildung 5: Herkunftsstaaten (Juli 2014 – Juni 2015)
Quelle: Eurostat

Asylanträge in der EU nach Hauptherkunftsstaaten Juli 2014 – Juni 2015					
Syrien	Kosovo	Afghanistan	Eritrea	Albanien	Irak
154.210	88.490	63.990	34.515	33.820	31.190

Tabelle 2: Asylanträge in der EU nach Hauptherkunftsstaaten (Juli 2014 – Juni 2015)
Quelle: Eurostat

Der Anstieg der Asylanträge im zweiten Quartal 2015 gegenüber dem zweiten Quartal 2014 verteilt sich mit Ausnahme Eritreas (minus 18 %) über mehrere Herkunftsländer. Die Zahl der Anträge aus dem Irak hat sich dabei fast verfünffacht, aus dem Kosovo, Albanien und Afghanistan mehr als verdreifacht. Die Zahl der Antragsteller aus Syrien hat sich verdoppelt (s. Abbildung 6).

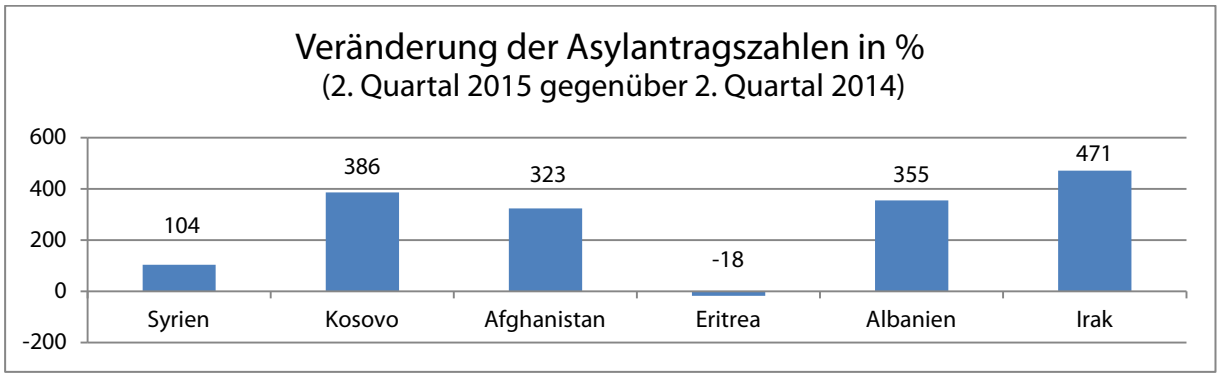

Abbildung 6: Veränderung der Asylantragszahlen in % (2. Quartal 2015 gegenüber 2. Quartal 2014)
Quelle: Eurostat

3.2 Juli – September 2015

Die neuesten Zahlen für Juli, August und September 2015 zeigen einen Anstieg der Asylanträge insbesondere aus Syrien, Afghanistan und dem Irak, während die Flüchtlingsbewegungen aus den Balkanstaaten seit Juli leicht zurückgingen. Für Syrien, Afghanistan und den Irak ist ein massiver Anstieg im Vergleich zum 1. Halbjahr 2015 festzustellen, bei den Balkanstaaten sind die Antragszahlen im Vergleich zum 1. Halbjahr seit August 2015 rückläufig (s. Tabelle 3).[9]

Asylanträge in der EU nach Hauptherkunftsstaaten Juli – September 2015				
	Syrien	Afghanistan	Irak	Balkan
Juli 2015	31.591	18.888	8.102	17.969
Veränderung zum Monatsdurchschnitt im 1. Halbjahr 2015	+ 159%	+ 184%	+ 129%	+ 2%
August 2015	49.233	20.033	11.975	16.472
Veränderung zum Monatsdurchschnitt im 1. Halbjahr 2015	+ 303%	+ 201%	+ 239%	- 7%
September 2015	62.000	21.000	25.000	15.000
Veränderung zum Monatsdurchschnitt im 1. Halbjahr 2015	+ 407%	+ 216%	+ 607%	- 15%

Tabelle 3: Asylanträge in der EU nach Hauptherkunftsstaaten (Juli – September 2015)
Quelle: Eurostat und EASO

[9] Latest Asylum Trends, Juli, August und September 2015, European Asylum Support Office (EOSO).

Auch in Deutschland, für das bereits Werte bis Oktober vorliegen, erhöhten sich die Zahlen der Antragsteller aus Syrien, Afghanistan und dem Irak seit Juli noch einmal stark. Dagegen sind sie für die Balkanstaaten seit September rückläufig. In Deutschland stellen allerdings auch Pakistaner und Eritreer in zunehmender Anzahl einen Asylantrag. (s. Tabelle 4).[10]

Asylanträge in Deutschland nach Hauptherkunftsstaaten Juli – Oktober 2015						
	Syrien	Afgha-nistan	Irak	Balkan	Eritrea	Pakistan
Juli 2015	9.138	2.104	1.987	12.598	1.209	666
Veränderung zum Monatsdurchschnitt im 1. Halbjahr 2015	+ 69%	+ 59%	+ 43%	+ 9%	+ 103%	+ 48%
August 2015	10.112	2.270	1.718	11.773	978	596
Veränderung zum Monatsdurchschnitt im 1. Halbjahr 2015	+ 87%	+ 72%	+ 24%	+ 2%	+ 64%	+ 32%
September 2015	16.544	2.724	2.454	9.875	1.113	1.059
Veränderung zum Monatsdurchschnitt im 1. Halbjahr 2015	+ 206%	+ 106%	+ 77%	- 14%	+ 86%	+ 135%
Oktober 2015	28.214	3.770	4.047	7.137	1.201	1.000
Veränderung zum Monatsdurchschnitt im 1. Halbjahr 2015	+ 421%	+ 185%	+ 191%	- 38%	+ 101%	+ 122%

Tabelle 4: Asylanträge in Deutschland nach Hauptherkunftsstaaten (Juli – Oktober 2015)
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

4 Anerkennungsquoten in der EU

4.1 Anerkennungsquoten nach Herkunftsstaaten

Die Anerkennungsquote, d.h. der Anteil der Schutzsuchenden, deren Anträgen stattgegeben werden, ist insbesondere für Personen aus den Kriegsgebieten Syrien, Irak und Afghanistan sowie aus Eritrea und für Staatenlose mit 70 bis 96% hoch. Für Personen aus den Balkanländern ist sie dagegen mit 1% bis 4% sehr gering (s. Abbildung 7).

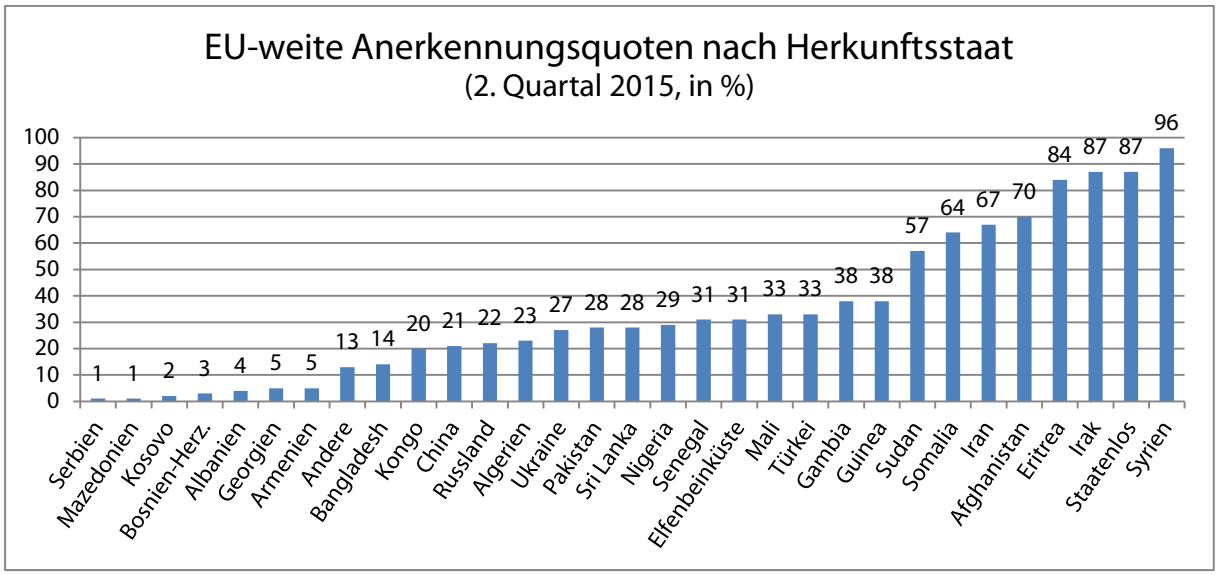

Abbildung 7: EU-weite Anerkennungsquote nach Herkunftsstaat (2. Quartal 2015, in %)
Quelle: Eurostat

[10] Asylgeschäftsstatistik für den Monat September 2015, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

4.2 Anerkennungsquoten nach EU-Mitgliedstaaten

Die Anerkennungsquoten sind von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat höchst unterschiedlich. Während sie etwa in Luxemburg, Polen und Lettland nur bei knapp über zehn Prozent liegen, erreichen sie etwa in Malta, Dänemark und Bulgarien eine durchschnittliche Höhe von mehr als 80%. Diese Unterschiede sind allerdings regelmäßig auch auf die unterschiedliche Herkunft der jeweiligen Antragsteller zurückzuführen. So stellen Personen aus dem Kosovo, Albanien und Bosnien-Herzegowina, die kaum auf Anerkennung ihrer Anträge hoffen können, 40% der Antragsteller in Luxemburg. Dagegen kommen 94% der Antragsteller in Bulgarien aus den Kriegsgebieten Syrien, Irak und Afghanistan. Diese werden nur selten abgewiesen. EU-weit lag die Anerkennungsquote im zweiten Quartal 2015 bei 46% (s. Abbildung 8).

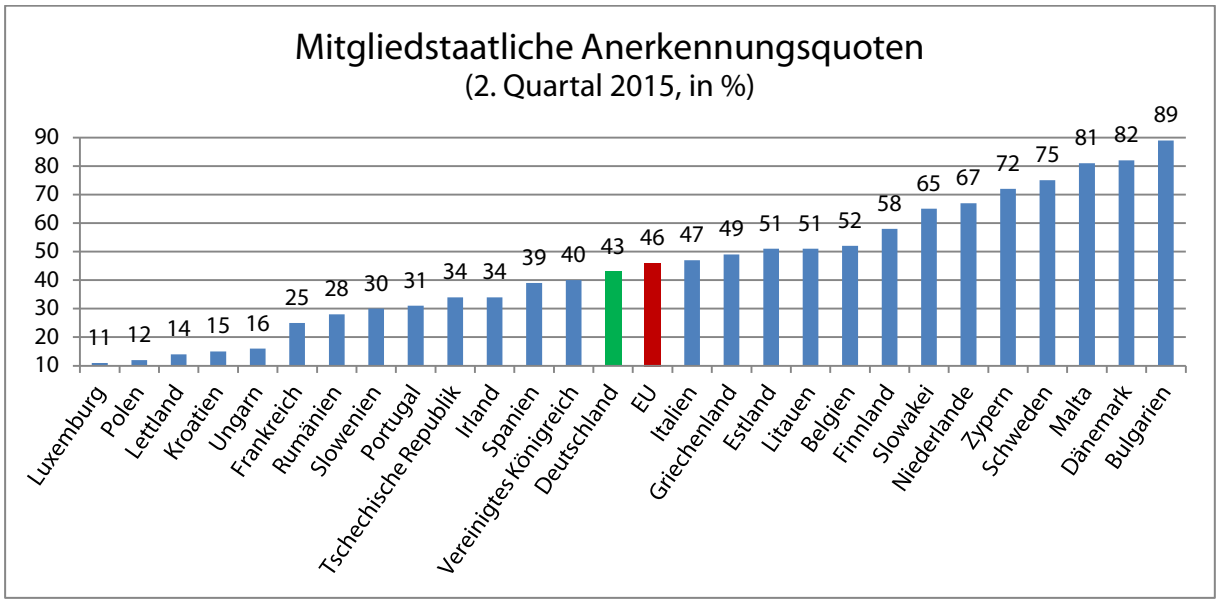

Abbildung 8: Mitgliedstaatliche Anerkennungsquoten (2. Quartal 2015, in %)
Quelle: Eurostat

4.3 Anerkennungsgründe

Eurostat unterscheidet zwischen drei verschiedenen Gründen für die Anerkennung von Schutzsuchenden.[11]

- Menschen, die vor Verfolgung aufgrund ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung fliehen, erhalten den Status eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention.
- Menschen, die Schutz vor Krieg, Folter oder Todesstrafe suchen, erhalten „subsidiären Schutz" der EU nach der Qualifikationsrichtlinie.[12]
- Einige Mitgliedstaaten gewähren zudem nationalen „Schutz aus humanitären Gründen".

Im ersten Halbjahr 2015 erlangten ca. 70% der Schutzsuchenden Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention, etwa 21% „subsidiären Schutz" und 9 % Schutz aus humanitären Gründen. Dabei ist der Anteil der Personen, die den Status als Flüchtling erhalten, in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Subsidiäre Schutzgewährung ist hingegen rückläufig (s. Abbildung 9).

[11] Applications (migr_asyapp); Referebce Metadata Structure (ESMS), Eurostat, http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/EN/migr_asyapp_esms.htm
[12] Richtlinie 2011/95/EU.

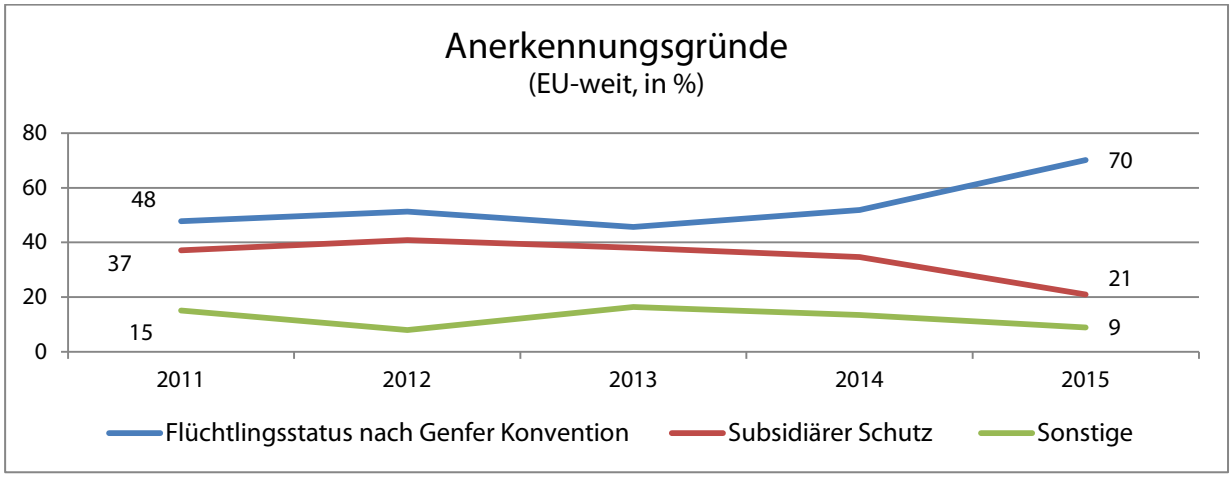

Abbildung 9: Anerkennungsgründe (EU-weit, in %)
Quelle: Eurostat

5 Offene Asylverfahren

Die enormen Flüchtlingsbewegungen in die EU hinein gehen mit einer zunehmenden Anzahl anhängiger Asylverfahren einher. So befanden sich Ende Juni 2015 EU-weit nahezu 600.000 Personen in einem noch laufenden Asylverfahren (s. Abbildung 10).[13] Dies ist ein Anstieg um 17% im Vergleich zum Januar 2015 und um fast 94% im Vergleich zum Juni 2014.

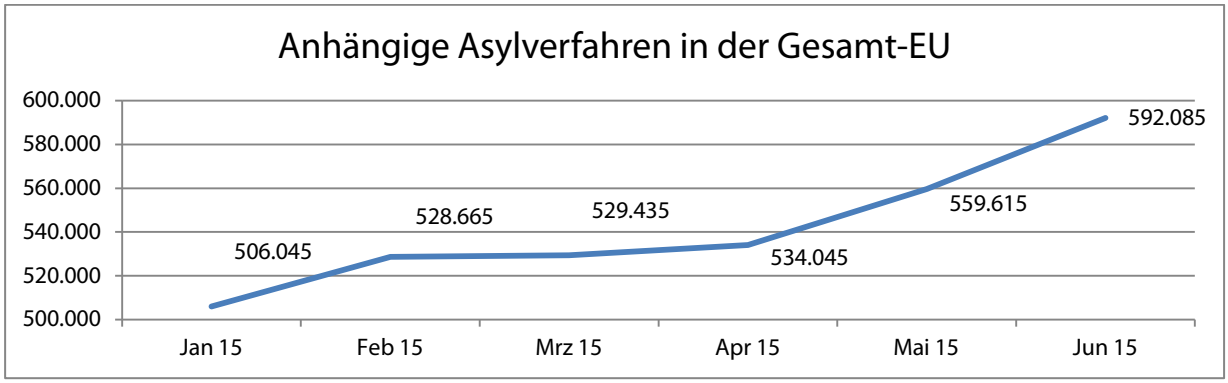

Abbildung 10: Anhängige Asylverfahren in der Gesamt-EU
Quelle: Eurostat

Während die Zahl der offenen Verfahren insbesondere in Deutschland mit +74.940 (+32% gegenüber 244.000 im Januar 2015) und in Ungarn mit +10.135 (+71% gegenüber 14.300 im Januar 2015) stark anstieg, war sie etwa in Großbritannien und Dänemark rückläufig (s. Tabelle 5). Auf Deutschland entfielen im Juni 2015 knapp über 50% der EU-weit anhängigen Verfahren.

Anhängige Asylverfahren in ausgewählten Mitgliedstaaten			
	Januar 2015	Juni 2015	Anstieg
Deutschland	231.070	306.010	+ 32%
Ungarn	14.295	24.430	+ 71%
Großbritannien	31.650	29.520	- 7%
Dänemark	7.435	4.565	- 39%

Tabelle 5: Anhängige Asylverfahren in ausgewählten Mitgliedstaaten
Quelle: Eurostat

[13] Zahlen für Österreich liegen nicht vor.

Zuletzt in dieser Reihe veröffentlicht:

21/2015: Einlagensicherung für die Eurozone (November 2015)

20/2015: Alkoholstrategie 2016-2022 (Oktober 2015)

19/2015: Zukunft des EU-Verkehrssektors (Oktober 2015)

18/2015: Gesetzgebung im Trilog. Das Ende der transparenten repräsentativen Demokratie? (September 2015)

17/2015: Das neue Konzept für eine „bessere Rechtsetzung“ (August 2015)

16/2015: Mehr Kohärenz beim Klimaschutz (August 2015)

15/2015: Kapazitätsmechanismen. Option für eine sichere und preisgünstige Stromversorgung in der EU? (Juli 2015)

14/2015: Braucht TTIP Investitionsschutzvorschriften? (Juli 2015)

13/2015: Reform des Emissionshandels (Juli 2015)

12/2015: Was tun mit der EU-Arbeitszeitrichtlinie? (Juni 2015)

Die Autoren:

Philipp Eckhardt ist wissenschaftlicher Referent am Centrum für Europäische Politik.

Dr. Bert Van Roosebeke ist Fachbereichsleiter am Centrum für Europäische Politik.

cep | Centrum für Europäische Politik
Kaiser-Joseph-Straße 266 | D-79098 Freiburg
Telefon +49 761 38693-0 | www.cep.eu

Das cep ist der europapolitische Think Tank der gemeinnützigen Stiftung Ordnungspolitik. Es ist ein unabhängiges Kompetenzzentrum zur Recherche, Analyse und Bewertung von EU-Politik.